

**Antrag 222/II/2019****AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 225/II/2019 (Kein Konsens)****Versprechen einer Humanitären Migrationspolitik einhalten und Verwaltungsspielräume nutzen**

1 Wir fordern die Berliner SPD und ihre sozialdemokrati-  
 2 schen Mitglieder des Senats auf, die führende Rolle Ber-  
 3 lins für eine progressive und humane Migrationspolitik in  
 4 Deutschland beizubehalten. Deshalb müssen Partei und  
 5 Senat alle Möglichkeiten und Spielräume nutzen, um auch  
 6 nach dem Migrationspaket weiterhin eine erkennbar so-  
 7 zialdemokratische und humanitäre Migrationspolitik um-  
 8 zusetzen. Berlin ist daher aufgefordert mit ihrer ausfüh-  
 9 renden Landesbehörde steuernd Verwaltungsvorschriften  
 10 zu erlassen.

11  
 12 Bei der Umsetzung des Migrationspaketes und des neuen  
 13 Staatsbürgerschaftsrechts sind Härten zu vermeiden und  
 14 entsprechende Ausführungsvorschriften auf Landesebe-  
 15 ne für die Berliner Ausländerbehörde bzw. für das künfti-  
 16 ge Landesamt für Einwanderung zu erlassen, solange die-  
 17 se den Regelungen des Bundesministeriums für Inneres  
 18 nicht entgegenstehen.

19  
 20 Bei den Ausführungsvorschriften zum „Geordneten  
 21 Rückkehr-Gesetz“ ist darauf zu achten, dass:

- 22 1. die im Gesetz vorgesehene bis zu 18-monatige Ab-  
 23 schiebehaft in Berliner Justizvollzugsanstalten nicht  
 24 durchgeführt wird.
- 25 2. gleichzeitig aber auch die in Berlin möglichen Di-  
 26 rektabschiebungen nicht als Ersatz für die Abschie-  
 27 behaft ausgeweitet werden
- 28 3. keine Familien mit minderjährigen Kindern in Ab-  
 29 schiebehaft genommen werden.
- 30 4. keine Auflagen zum nächtlichen Aufenthalt in  
 31 Flüchtlingsunterkünften erlassen
- 32 5. ausreisepflichtige Familien mit minderjährigen Kin-  
 33 dern bis zur Ausreise stets weiterhin Asylbewerber-  
 34 leistungen erhalten.
- 35 6. keine Absenkung des Aufenthaltsstandards vorge-  
 36 nommen wird, wie sie im Gesetz für Personen  
 37 mit ungeklärter Identität nach § 60b AufenthG  
 38 mit einer quasi „Duldung light“ vorgesehen ist,  
 39 wenn die betroffenen Personen glaubhaft machen  
 40 können, warum sie ihre Staatsbürgerschaft man-  
 41 gels entsprechen- der Dokumente nicht nachweisen  
 42 können.
- 43 7. Das Recht auf die Unversehrtheit der Wohnung  
 44 und Privatsphäre müssen gewahrt Durchsuchungen  
 45 dürfen daher, auch in Flüchtlingsunterkünften, nur  
 46 auf richterlichen Beschluss erfolgen

47  
 48

**49 Begründung**

50 Berlin ist eine offene und tolerante Metropole, die Men-  
51 schen aus aller Welt willkommen heißt und die allen hilft,  
52 die auf Hilfe angewiesen sind. Die Berliner SPD steht für  
53 eine humanitäre Migrationspolitik und begrüßt, dass die  
54 SPD Bundestagsfraktion im Migrationspaket den Einstieg  
55 in ein humanes Einwanderungsgesetz durchsetzen konn-  
56 te und vielen Menschen damit eine Bleibeperspektive er-  
57 öffnet. Damit wurde jedoch nur ein erster Schritt erreicht.  
58 Dagegen wurden mit dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“  
59 und den Verschärfungen im Asylbewerberleistungsgesetz  
60 Zugeständnisse an die CDU/CSU gemacht, die im klaren  
61 Widerspruch zu einer sozialdemokratischen humanitären  
62 Migrationspolitik stehen. Sie sind kein so-zialdemokrati-  
63 scher Erfolg, sondern bestenfalls ein fau-ler Kompromiss  
64 zu Lasten vieler Menschen, die aus Krieg und Not bei  
65 uns Hilfe suchen. Die SPD hat bereits im Koalitionsvertrag  
66 zahlreiche Zugeständnisse im Aus-länder- und Asylrecht  
67 an den Koalitionspartner ge-macht. Die Grenze der Zu-  
68 mutbarkeit ist mittlerweile überschritten.

69  
70 Wir müssen als SPD nicht nur Flüchtlingsschutz bie-  
71 ten, sondern auch die Frage beantworten, wie wir  
72 mit Men-schen umgehen, die nach einem geordneten  
73 rechts-staatlichen Verfahren kein weiteres Aufenthalts-  
74 recht in Deutschland haben. Nach unseren Grundwer-  
75 ten Frei-heit, Gerechtigkeit und Solidarität kann die Ant-  
76 wort nur sein, dass in jedem Einzelfall die konkrete Si-  
77 tuation des Betroffenen, die aktuelle Lage in seinem Her-  
78 kunfts-staat und der bisherige Aufenthalt und die Dauer  
79 be-rücksichtigt werden müssen.

80  
81 Wer hier lebt, aufwächst oder geboren wird, ist gleich-be-  
82 rechtigt willkommen und verdient unsere Solidari-tät.  
83 Berlin steht für eine vielfältige und offene Gesell-schaft.  
84 Wir wollen die Einbürgerung mit allen staats-bürgerli-  
85 chen Rechten und Pflichten erleichtern und keine wei-  
86 teren Hürden aufbauen. Die Erweiterung der Einbürge-  
87 rungsvoraussetzungen um das Merkmal „Ein-ordnung in  
88 deutsche Lebensverhältnisse“ darf kein Ein-fallstor für ei-  
89 ne Gesinnungsprüfung im Sinne einer un-durchsichtigen  
90 deutschen „Leitkultur“ sein. Unser Maß-stab orientiert  
91 sich allein an den im Grundgesetz veran-kerten Werten.

92 Im Falle einer ggf. gerichtlich überprüften Ausreise-pflicht  
93 müssen Rückkehrhilfen und -beratung und frei-willige  
94 Ausreisen stets Vorrang vor Abschiebungen und Leis-  
95 tungskürzungen haben. Erleichterte Abschiebun-gen, die  
96 Einschränkungen des Rechtsschutzes und ein unsoziales  
97 Aushungern durch Leistungsausschluss leh-nen wir ab.  
98 Die Ausweitungen der Abschiebehaft und das Festhalten  
99 von geflüchteten Menschen in so ge-nannten Ankerzen-  
100 tren für eine Dauer von bis zu 18 Mo-naten widersprechen  
101 einer humanitären Migrationspolitik.

102

103 Wir fordern daher die sozialdemokratischen Mitglieder  
104 des Senats auf, die möglichen Spielräume bei der Um-set-  
105 zung der gesetzlichen Regelungen soweit wie mög-lich zu  
106 nutzen und hierzu entsprechende Verwaltungs-vorschrif-  
107 ten zu erlassen.

108 Damit werden Auslegungen zu unbestimmten Rechts-  
109 begriffen für die Rechtsanwender verbindlich und das  
110 behördliche Ermessen in die rich-tige Richtung gesteu-  
111 ert. Mit der Duldung für Personen mit ungeklärter  
112 Identität hat die Bundesregierung eine Duldung „light“  
113 einge-führt, die für die Betroffenen zum Arbeitsverbot  
114 und in die Illegalität führt, anstatt ihnen ausreichende  
115 Integrations- und Sprachkurse anzubieten.

116

117 Viele Geflüchtete verfügen nicht über entsprechende Do-  
118 kumente, um ihre Staatsangehörigkeit nachweisen zu  
119 können. Wird ihnen nicht geglaubt, gelten sie beim Bun-  
120 desamt für Migration und Flüchtlinge schnell als Per-  
121 sonen mit un-geklärter Identität. Daher ist eine Ein-  
122 schränkung der Auslegung notwendig, um die Verschär-  
123 fung auf Aus-nahmefälle zu beschränken. Die Durchfüh-  
124 rung von Abschiebehaft in Justizvollzugs-anstalten wider-  
125 spricht europarechtlichen Regelungen und wir lehnen sie  
126 ab. Wir wollen - selbst bei getrenn-ten Häusern - nicht,  
127 dass Geflüchtete und ihre Kinder gemeinsam mit Straf-  
128 tätern einsitzen. Kinder von Ge-flüchteten haben in Ab-  
129 schiebungshaft ohnehin nichts zu suchen. Die Hafterfah-  
130 rung widerspricht klar und stets dem Kindeswohl.

131

132 Die in Berlin geübte Praxis der Direktabschiebung oh-  
133 ne vorherige richterlich angeordnete Abschiebehaft ist  
134 nicht humaner, sondern führt häufig zu einer Ein-schrän-  
135 kung des Rechtsschutzes, weil entsprechende Eilanträge  
136 vom Gericht nicht mehr zeitnah gestellt wer-den kön-  
137 nen. Die ständige Angst vor nächtlichen Fest-nahmen  
138 führt dazu, dass Geflüchtete untertauchen und ein Le-  
139 ben in der Illegalität führen müssen. Auflagen, sich nachts  
140 im Wohnheim für eine mögliche Abschie-bung bereithal-  
141 ten zu müssen oder sich bei der Auslän-derbehörde vor-  
142 her schriftlich abzumelden, sind unver-hältnismäßig. Ab-  
143 schiebungen dürfen stets nur als letz-tes Mittel einge-  
144 setzt werden. Vor jeder Abschiebung müssen daher Rück-  
145 kehrberatungen und – hilfen ange-boten und freiwilli-  
146 ge Ausreisen gefördert werden. Die Abschaffung von jeg-  
147 lichen Asylbewerberleistungen für vollziehbar ausreise-  
148 pflichtige EU-Binnenflüchtlinge - sogar vor einer gerichtli-  
149 chen Überprüfung - ist mit Eu-roparecht und mit der Men-  
150 schenwürde unvereinbar.

151

152 Ein Aushungern durch Leistungsentzug widerspricht so-  
153 zialdemokratischen Grundwerten. Wir wollen nicht, dass  
154 Familien mit Kindern aus Flüchtlingsheimen ge-worfen

155 werden und ohne soziale Absicherungen und Gesund-  
156 heitsversorgung in die Obdachlosigkeit getrieben werden.